

Pressekonferenz am 12. Mai 2016 im Rathaus Schöneberg

Sonntag, 15. Mai 2016

Pressekonferenz am 12. Mai 2016 im Rathaus Schöneberg Wir haben die Presse eingeladen, um über den aktuellen Stand zum Planfeststellungsverfahren der Dresdner Bahn zu informieren: Die Bürgerinitiative Lichtenrade Dresden e.V. hat mit Unterstützung der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm e.V. beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss vom 13.11.2015 eingereicht. Der Vorstand der Bürgerinitiative hat mit Unterstützung des Rechtsanwalts Dr. Armin Fröhlich erneut deutlich gemacht, dass wir nicht gegen den Ausbau der Bahn sind, aber die Lichtenrader sind dagegen, dass eine steinzeitliche Planung durchgesetzt wird. Herr Dr. Fröhlich kritisierte, dass sich weder das Abgeordnetenhaus noch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, mit dem Thema erneut beschäftigt hat, nachdem durch den Planfeststellungsbeschluss die Baugenehmigung für die oberirdische Trasse erteilt wurde. Auch die Verwaltung hat nicht reagiert, obwohl im Koalitionsvertrag von 2011 CDU und SPD vereinbart haben, sich für die Tunnelung einzusetzen. Neben den drei Bürgern mit den Anwohnerklagen setzt der Rechtsanwalt in erster Linie auf die sogenannte Verbandsklage der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm e.V., die auf das Gemeinwohl zielt. Dabei geht es vor allem um Fragen der Umweltverträglichkeit dieses Projektes. Städtebaulich und von den Emissionen durch Lärm, Erschütterungen und Elektromagnetismus her, ist ein Tunnel die bessere Lösung, aber auch teurer. Der Rechtsanwalt sieht schon in der extrem langen Verfahrensdauer von über 17 Jahren einen Verstoß gegen Rechtsregeln. Bürger hatten einen Anspruch darauf, dass solch ein Verfahren in angemessener Zeit entschieden wird. Zwar hat die Bahn umfassenden Lärm- und Erschütterungsschutz zugesichert, jedoch wies Herr Beck als Vorsitzender auf die Auswirkungen auf den Ortsteil Lichtenrade mit 50.000 Einwohnern hin. Die Zerschneidung des Ortsteils durch die Lärmschutzwände, die geplante Unterführung der Bahnhofstraße unter die Gleise der Bahn und die Schließung des Bahnüberganges Wolziger Zeile für Kraftfahrzeuge bedeuten eine starke Verschlechterung der Lebensqualität. Die geplante Bahnstrecke durch Lichtenrade ist die einzige Strecke aus Berlin heraus, die rund um die Uhr planmäßig befahren werden soll! Die derzeit rund 500 Mitglieder der Bürgerinitiative und zahlreiche weitere Spender haben bisher insgesamt rund 100.000,- € an Mitteln aufgebracht und damit ermöglicht, die Klagen einzureichen. Wir meinen es wirklich ernst unterstrich Herr Beck nochmals am Ende der Veranstaltung. Bis her berichteten die Tageszeitungen Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, Der Tagesspiegel sowie das Radioprogramm vom rbb. Schauen unseren Presselinks